



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/111 - 15.5.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039.890

Späte Erkenntnisse in Straßburg	S. 1
Sowjetische Spionage in Nordnorwegen	S. 3
Nachwort zum Fall Fijade und Bayerischer Rundfunk	S. 4
Ist der Bundestag langweilig ?	S. 6

Abmarsch aus Europa ?

F.B. - Straßburg

Wie leicht würde es doch die Sozialdemokratie nach den ersten Sitzungstagen der Gemeinsamen Versammlung haben, wollte sie nur beweisen, daß sie recht gehabt hat, als sie den Vortrag über die Montan-Union als unzulänglich ablehnte. Heute ist es so, daß Vertreter der Regierungsparteien ihre Argumente gebrauchen; so der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Pünder, der erklärte, daß der "Riß der Teilintegration" sich immer deutlicher zeige, und offenbar sind die Vertreter der Koalition auch noch stolz auf ihre verspäteten Erkenntnisse.

Die Fehlerhaftigkeit der Teilintegration - sowohl auf die Produktion als auf Teileuropa bezogen - zeigen auch deutlich der zweite Jahresbericht der Hohen Behörde und vor allem der Bericht des Ausschusses für die Investitionen. Der Kohleverbrauch ist in der Gemeinschaft um fünf Prozent zurückgegangen, die Stahlproduktion sank, Eindeutig stellt der Bericht fest, daß die Investitionstätigkeit stagniert, die Nachfrage nachgelassen hat und "es an den genügend starken und allgemeinen Quellen fehlt, die eine nachhaltige Aufwärtsbewegung der Produktion, der Beschäftigung und des Verbrauchs gewährleisten wird". Und an anderer Stelle des Berichtes heißt es: "Aufgrund dieser Vorarbeiten läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß das gegenwärtige Wachstum der Gesamtproduktion aller Länder der Gemeinschaft zu langsam sein dürfte,

um eine gleichmäßige Beschäftigung des Kohlenbergbaues und der Stahlindustrie zu gewährleisten".

Wenig schöne Aussichten! Doch die Frage ist, was nun? Reichen die platonischen Erklärungen von Dr. Pünder aus, der lediglich meinte, man sollte nicht in der Lethargie verharren und eine "Flucht nach vorn" empfahl? Damit ist niemandem gedient, vor allem nicht den Arbeitern. Man wird sich schon bemühen müssen, Konkretes zu sagen, und das haben bisher nur die Sozialisten und vor allem die sozialdemokratischen Abgeordneten getan. Überhaupt hat man den Eindruck in Straßburg: Während die Vertreter der Regierungsparteien resignieren und sozusagen aus ihrem Klein-Europa abmarschieren, bemühen sich die Sozialdemokraten, aus den wenigen Ansatzpunkten des Vertrages, die es ermöglichen können über die Sechser-Gemeinschaft hinauszukommen, das Beste zu machen.

Herbert Wehner fand beispielsweise das Ohr und den Beifall der ganzen Versammlung, als er die Hohe Behörde aufforderte, jede Form der Assoziation auszunutzen, um zu einer umfassenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas zu kommen, die sich nicht nur auf Kohle und Stahl beschränken dürfte, wie es die Hohe Behörde bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Großbritannien im Auge habe. Dr. Schöne und Dr. Deist gaben wertvolle Anregungen, als sie der Montan-Union empfahlen, eine mögliche Depression mit einer aktiven Konjunktur und Investitionspolitik aufzufangen und durch eine abgestimmte Strukturpolitik die wirtschaftliche Situation zu stabilisieren. Einigkeit herrschte auch in der sozialistischen Gruppe über eine aktive Lohnpolitik, durch Anhebung der Löhne auf das Niveau des besten Landes neue Verbrauchskapazitäten zu schaffen: Nicht etwa dadurch, daß man versucht, anderen Energiequellen den Rang abzugeben, sondern durch Hebung des Massenwohlstandes den Verbrauch an Eisen und Stahl und Kohle auszuweiten. Mehr Autos und Kühlschränke, erschwinglich für alle, würden das Problem weit besser lösen. Auf eine kurze Formel gebracht: Aktive Konjunkturpolitik ist das Gebot der Stunde.

Wenn man die Situation in Straßburg zusammenfassend betrachtet, dann kann man sagen, daß die Sozialdemokraten heute fast die Rolle des Arztes am Krankenbett spielen. Sie haben aber nicht die Absicht, dem Kranken nur augenblickliche Linderung zu verschaffen, sondern ihr Ziel ist es, eine nachhaltige Gesundung zu erreichen. Das wird aber nur möglich sein, wenn man den Rahmen der Montan-Union weiterspannt und zu einer umfassenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Länder Europas kommt, die darauf gerichtet ist, den Massenwohlstand zu heben.

Ein Treugelöbniß verband die Spione

KRK - Kirkenes

Vor dem Gericht in Kirkenes begann vor einigen Tagen der Prozeß gegen sieben Personen, die der Spionage zugunsten der Sowjetunion angeklagt sind. Die Anklagepunkte sind der Öffentlichkeit zum größten Teile zugänglich. Sie sind in jeder Hinsicht bemerkenswert.

Allen Angeklagten war ein Treugelöbniß abgenommen worden, in dem auch zum Ausdruck kam, daß im Falle eines Verrats die Rache des Sowjetstaates den Verräter erreichen werde, wo immer in der Welt er sich auch befinde. Das Treugelöbniß war schriftlich erfolgt, und zwar bei heimlichen Besuchen der Angeklagten in Murmansk.

Die militärischen Fachleute Norwegens machen kein Geheimnis daraus, daß die Spionage für die Verteidigung Nordnorwegens katastrophale Folgen für den Fall eines Krieges hätte haben können. Die Spionage war so umfangreich und ins einzelne gehend, daß der gesamte Verteidigungsplan für Nordnorwegen vollkommen umgearbeitet werden mußte. Den meisten der Angeklagten war im Laufe ihrer Tätigkeit klargeworden, für welche gefährliche Zwecke sie mißbraucht wurden, und sie versuchten, dem Netz zu entkommen. Sie wurden jedoch unter Hinweis auf ihr Treugelöbniß immer wieder zu neuen Zusammenkünften mit ihren Auftraggebern gezwungen. Die Russen verlangten Auskünfte nicht nur über militärische Dinge, sondern auch über alle in Süd-Varanger lebenden Zivilpersonen. Es ist begreiflich, daß diese Enthüllung unter der in Nordnorwegen lebenden Zivilbevölkerung große Unruhe hervorgerufen hat.

In den meisten Fällen war das Motiv für die Spionage Gewinnsucht. Die Russen bezahlten recht gut für die Angaben der Landesverräter. Bis jetzt ist der Polizei ein Betrag von 30000 Kronen bekannt, der an fünf Angeklagte ausbezahlt worden ist. Man vermutet jedoch, daß die Summe beträchtlich höher ist. - Zwar hatte die Polizei die Angeklagten lange im Verdacht gehabt. Aber es war die Flucht des russischen Leutnants Pavlov nach Nordnorwegen, durch welche die Aufdeckung der Spionage beschleunigt wurde. Dieser Leutnant Pavlov, der der Kontaktmann der angeklagten Norweger gewesen ist, befindet sich nun in Sicherheit und steht den norwegischen Behörden zur Verfügung.

Pijade und Stepinac - ein unzweckmäßiger Vergleich

Rw. Im Organ der bayerischen CSU, dem "Bayern-Kurier", wird in einem mit Absicht groß aufgemachten Artikel noch einmal der sogenannte Fall Pijade zur Sprache gebracht. Nach der Sitzung des bayerischen Rundfunkrates, in dem einige CSU-Vertreter eine mehr verlegene als klare Stellung eingenommen haben, soll dieser Artikel offensichtlich noch einmal dartun, daß die Verhinderung des Pijade-Vortrages im Bayerischen Rundfunk eine Art nationale Tat gewesen sei.

Man wirft Pijade seine Teilnahme an Beschlüssen vor, die zur Austreibung der deutschen Minderheit in Jugoslawien geführt haben. Der Vorwurf ist an sich berechtigt. Die Austreibung ist eine historische Tatsache, und die Grausamkeiten, die in diesem Partisanenkrieg begangen wurden, sind nicht zu bestreiten. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, daß sie das Ergebnis einer nicht minder grausamen Besatzungspolitik waren, über die hinwegzugehen eine Einseitigkeit bedeutet, die nur dazu führen kann, das deutsche Volk vergessen zu machen, daß viele Jahre hindurch unter dem Banner des Hakenkreuzes sein Name in vielen Ländern Europas geschändet wurde. Und es wird leider allzu leicht in Deutschland vergessen, daß der Krieg und was er mit sich brachte, eben noch nicht vergessen ist. Die, für naive Gemüter unerwartete Reaktion auf den Besuch deutscher Touristen in Holland, ist hierfür ein typisches Zeichen.

Unzweckmäßiger aber als die Polemik mit Pijade über die Austreibung der Deutschen aus Jugoslawien, die als solche ganz bestimmt keine "sozialistische" sondern eine rein nationalistische Politik war, ist der in dem gleichen Artikel erhobene Vorwurf, daß die jugoslawische Regierung "wider besseres Wissen" den Erzbischof Stepinac zum Kriegsverbrecher gestempelt habe und ihn heute in der Ausübung seiner Amtspflichten hindere. Über den Fall Stepinac sind sich nämlich so ziemlich alle Jugoslawen, Freunde und Feinde des gegenwärtigen Regimes einig, die nicht gerade zu den kroatischen Ustaschi gehörten, denen sich der Erzbischof Stepinac unter der Herrschaft des Faschistenführers Ante Pawelitsch mit Haut und Haaren verschrieben hatte. Unter direkter Mitverantwortung von Stepinac wurden im Hitler-Kroatien des Herrn Pawelitsch nicht nur tausende von Juden verfolgt und ungebracht, sondern auch jene Bekehrungsaktionen der orthodoxen Serben zum römisch-katholischen Glauben mit Feuer und Schwert durchgeführt, die nicht

wenig zu dem wilden Haß gegen Hitler und seine Trabanten in allen jugoslawischen Landesteilen beigetragen hat, der sich dann gegen die Jugoslawiendeutschen entlud.

Gegen die heutige jugoslawische Regierung ausgerechnet den Fall des verurteilten Monsignore Stepinac ins Feld führen zu wollen, bedeutet praktisch nichts anderes als sich mit allem, was im Zeichen des Hakenkreuzes in den jugoslawischen Ländern geschah, zu identifizieren; eine Taktik, die gewiß dem Ansehen der Bundesrepublik keinen Gewinn zu bringen vermag.

+ + +

Die Lager des Todes

(sp) Das Grauen der Hitlerschen Verbrechen stirbt nicht. Die Schande der Konzentrationslager taucht immer wieder auf, überall in Europa, bei vielfachen Gelegenheiten. Ein so trockenes Blatt wie der "Moniteur", das Amtsblatt der belgischen Regierung, in dem alle Gesetze und Verordnungen veröffentlicht werden, um Rechtskraft zu besitzen, brachte in diesen Tagen eine Gesetzesrevision für die Entschädigungen der politischen Gefangenen und deren Hinterbliebenen. Da sich das Anrecht auf Entschädigung auf diejenigen beschränkt, die in Lagern waren, welche von den belgischen Wiedergutmachungsbehörden als solche anerkannt wurden, muß das Blatt alle diese Lager aufzählen. Und es erscheinen: Auschwitz, Bergen-Belsen, Birkenau, Buchenwald, Dachau, Dora, Drancy, Gurs, Majdanek, Mauthausen, Natzweiler-Struthof, Neuengamme, Podanz, Ravensbrück, Sachsenhausen-Oranienburg, Schirmeck, Vucht und andere.

18 Zeitungsseiten nimmt die Liste der Konzentrationslager ein, in denen belgische Staatsbürger von der Gestapo gefangen gehalten wurden. Nur zwei Seiten umfaßt die Liste der japanischen Konzentrationslager, die übrigen 16 Seiten füllen die Lager Hitler-Deutschlands aus ...

+ + +

Der Bundestag ist wirklich langweilig geworden

Unter diesem Titel veröffentlichte kürzlich die "Braunschweiger Zeitung" eine Betrachtung über den zweiten deutschen Bundestag. Sie beklagte es, daß durch die Verhärtung der parlamentarischen Fronten die Diskussion zu kurz komme und die Parteien mit vorgefaßten Meinungen an die Probleme herangehen. Darauf antwortete der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, Dr. Dr. Fritz Wenzel, mit folgender Zuschrift:

Diese Tatsache kann niemand bestreiten, der sachlich und objektiv den bisherigen Verlauf des zweiten Bundestages mit dem des ersten vergleicht! Wer wie ich Mitglied beider Parlamente von Anfang an war, kann beurteilen, daß im ersten Parlament mehr Leben und echte politische Diskussion gewesen ist.

Mir fällt im zweiten Bundestag in immer höherem Maße auf, daß die Regierungsparteien - ihnen voran die CDU/CSU - immer dann, wenn die Opposition über entscheidende Fragen eine echte Diskussion hervorrufen möchte, ihr Ablenkungsmanöver mit dem Argument begründen, der Wähler hätte ja am 6. September sich eindeutig für die Politik der Regierung entschieden. Es ist klar, daß eine solche Einstellung ein lebendiges politisches Arbeiten im Blick auf außenpolitische Fragen, wie die Frage der Wiederbewaffnung Deutschlands, der Wiederherstellung der deutschen Einheit, das Saarproblem und ähnliches mehr fast unmöglich macht. Wie soll da der Bundestag "ein klarer Spiegel der Meinungen sein, wie sie in Lande herrschen", wenn den Regierungsparteien wenig oder gar nicht daran gelegen ist, oppositionelle Auffassungen und Ansichten anzuhören, geschweige denn sie zu diskutieren?

Mir scheint diese Fehlentwicklung wesentlich damit zusammenzuhängen, daß wir uns auch heute immer noch in der deutschen Politik in erster Linie um Einzelpersönlichkeiten scharen, anstatt die politische Idee in den Mittelpunkt zu stellen. So kommt die Gefahr des Personenkultes, der selbst Abgeordnete einer Partei in Scharen erliegen können, und es fehlt die sachliche Ausrichtung nach dem politischen Gedanken. Weiß man sich in der Politik einer Idee verpflichtet, dann wird man viel eher als Abgeordneter "Vertreter des ganzen Volkes" sein und sich nur seinem Gewissen auch vor seinen Wählern verantwortlich wissen. Weil ich mich als Sozialdemokrat dem Sozialismus verpflichtet und verantwortlich weiß, treffe ich genau wie meine politischen Freunde Entscheidungen nicht nach einem so oft zitierten angeblichen "Fraktionszwang", sondern aus der wohlüberlegten und begründeten Erkenntnis, daß der Sozialismus die Politik der Sozialdemokratie bestimmt, die der Gesamtheit unseres Volkes Hilfe und Neugestaltung sein will.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau